

## **Aufgabenkritik 2004**

# **Stellungnahme des Bürgermeister- und Presseamtes zu den Beratungen in den Fraktionen im Haupt-Finanz- und Personalausschuß am 28.7.04 und im Stadtrat am 29.7.04**

---

### **I. Grundsätzliche Ausführungen**

Seit Januar 2004 beschäftigt sich das Team Amt 13 konkret mit den Erwartungen und Aufforderungen des Personal- und Organisationsreferates zur Aufgabenkritik 2004. In 15 Arbeitssitzungen wurde intern und mit der Organisationsabteilung gemeinsam diskutiert. Weit über 800 Arbeitsstunden (etwa ½ Planstelle) wurden eingesetzt um mögliche Einsparungen für freiwillige Amtsaufgaben zu erarbeiten.

Konsens besteht damit, dass alle zusammenwirken müssen um die schwierige Finanzsituation der Stadt, die sich spätestens ab dem Haushaltsjahr 2004 mit der nur unter Bedingungen der Aufsichtsbehörde / Regierung - erteilten Genehmigung zeigt und für 2005 im Ansatz ein mehrfaches Millionenloch prognostiziert, zu bewältigen.

Dass trotzdem einzelne Verwaltungsbereiche ausgeklammert wurden, widerspricht dem Grundsatz der flächendeckenden Aufgabenkritik eindeutig und sollte nochmals vom Stadtrat überprüft werden.

Dissens besteht seitens Amt 13 mit der Organisation und dem Personalreferenten darin, weil von Amt 13 aufgrund bereits vorangegangener Einsparungen die Auffassung vertreten wird, dass nicht 3 Planstellen und 1 ½ Sonderplanstellen

sondern nur 2 Planstellen und 1,5 Sonderplanstellen sukzessive nicht mehr besetzt werden sollen und damit einzusparen sind. Die am 28. Juni 04 vorgelegte und von der Organisation nicht in die Stadtratsvorlage mit einbezogene Stellungnahme des Amtes 13 wurde bisher noch nicht berücksichtigt.

### Erläuterung zu vorangegangenen Aufgabenänderungen / Einsparungen seit 2002/2003

Bereits ab 02/03 eingespart / umgesetzt wurden:

- 2 Planstellen vom Jubiläumsbüro 1000 Jahre Erlangen, das vom 1.9.2001 bis 31.7.02 eingerichtet wurde und vorzeitig aufgelöst wurde, so dass die Amtsleitung die Restabwicklung zu erledigen und zu verantworten hatte. (Gesamtvolumen 1,8 Mio Euro, davon 900.000 Euro Sponsoring).
- 1 ABM-Stelle wurde ab 1.12.2002 beim Ausländerbeirat eingespart.
- 1 Planstelle wurde ab 1.7.2002 an das eGov abgegeben.
- 1 Planstelle wurde ab 1.1.2004 an das eGov abgegeben, obwohl eigene Aufgaben 13 (z.B. Internetportal) damit nicht geregelt werden können.
- 1 Planstelle wurde ab 1.12.2003 an das Bürgeramt abgegeben.
- 1 ABM- Stelle wurde ab 1.8.2003 eingespart.
- ½ Planstelle wurde ab 1.1.2004 eingespart. Die Aufgabe e-mail-Eingang (Wert nur ¼ Planstelle) wurde Amt 24 Poststelle übertragen.
- ½ Planstelle wurde ab 1.1.2004 eingespart. Die Aufgabe jüdische Mitbürgerinnen- und Mitbürger und Ehrenzeichen wird nun bei 13-3 mit erledigt.

Die Aufzählung dokumentiert, dass die Aufgaben und Arbeitsabläufe des Amtes 13 einer stetigen Anpassung unterliegen und im Interesse eines qualifizierten und ressourcensparenden Personaleinsatzes durch Organisation, Strukturanpassung und vorbildlichem Verständnis für die Haushaltskonsolidierung und die sparsame Bewirtschaftung der Budgetmittel verlässlich und verantwortungsbewusst gestaltet werden.

Entscheidungsvorschlag für Aufgabenänderungen / Einsparungen

**Amt 13-1 Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit und Presse einschließlich Gesundheitsstadt**

Nr.	Gegenstand	Einsparungsvorschlag	Vorteil	Nachteil	Einsparung	
					ja	nein
1.	Geschäftsbericht	Einstellung/Reduzierung des Textvolumens dafür stärkere Darstellung in Schlagworten und Tabellen.	Einsparung Arbeitszeit	Darstellung der Arbeit der Referate und Ämter und kein Unternehmensbericht mehr		
2.	Erlanger Chronik letztmals 2000/2003	Herausgabe beenden.	Einsparung Arbeitszeit	Serie wird seit 1996 abgebrochen und bei Amt 45 künftig nur noch wissenschaftlich dokumentiert		
3.	Bürgerversammlungen	Künftig 1x jährlich für die Gesamtstadt und nur noch 1x je Wahlperiode in den einzelnen Ortsteilen der Stadt.	Straffung der Organisationsarbeit	Reduzierung der Bürgerkontakte aber gesetzlich vertretbar		
4.	Bürgerinnenversammlung <u>vgl. Ziff. 20</u>	Auf eine eigene Veranstaltung könnte verzichtet werden, es ist nicht bekannt, dass in anderen Städten eine Bürgerinnenversammlung durchgeführt wird. Geschäftsordnung des StR ist zu ändern.	Frauenspezifische Anliegen im „Paket“	nicht erkennbar, da Männer und Frauen gleichberechtigt die Möglichkeit haben in den Bürgerversammlungen ihre Vorschläge einzubringen		
5.	Die amtlichen Seiten	Reduzierung des redaktionellen Teils auf nur noch eine Seite und Kürzung von Informationen im Bekanntmachungsteil um mind. eine Seite. Gesetzliche Veröffentlichungspflicht.	Einsparung bei den Kosten	Reduzierung der Darstellungsmöglichkeiten städt. Aufgaben/ Leistungen die normalerweise nicht in den Medien dokumentiert werden		
6.	Anzeigen	Stellenanzeigen zentral beim Personalamt den Eigenbetrieben und anderen Ämtern abwickeln.	Arbeitszeiteinsparungen bei 13	in einer vermutlich längeren Anlaufphase Mehrkosten und Zeitmehraufwand vor allem bei anderen Dienststellen und zusätzliche Erschwernis für einheitliche Veröffentlichung		
7.	Multi-Media-Schau	Verzicht bei Stadtteil-Bürgerversammlungen und Gesamtstadt.	Erhebliche Zeitersparnis	Vorstellung der kommunalen Arbeit und Leistungen optisch weniger attraktiv und nicht mehr zeitgemäß. Bei Angliederung der Stadtbildstelle an Amt 13 könnte künftig für viele andere Dinge eine Vernetzung erfolgen und auch die mediale Berichterstattung für BÜV		

Nr.	Gegenstand	Einsparungsvorschlag	Vorteil	Nachteil	Einsparung	
					ja	nein
8.	Ausstellungen	Beendigung für den Rathausbereich.	Arbeitszeiteinsparung	Keine Ausstellungssituation für Erlanger Vereine und Verbände an stark frequentierter Stelle im Rathausfoyer		
9.	Grussworte in schriftl. Veröffentlichungen bzw. Reduzierung für Redevorlagen	Einschränkungen sind bei Bedarf zu regeln.	Arbeitszeiteinsparung	Die Außenwirkung der Stadt schwindet		
10.	Veranstaltungskalender im Sonntagsblitz	Nachdem zwischenzeitlich ein Veranstaltungskalender für die Region der Städte N/Fü/E/Sch sowie auch im Erlanger Bereich etc. Veranstaltungstermine veröffentlicht werden ist Einsparung möglich.	bei Amt 13 werden 15.000 € eingespart	Informationsverlust über Termine im Großraum und in Erlangen in der Zeitungsveröffentlichung „Blitz“, Bürgerservice sinkt		
11.	Jugendparlament	wird jetzt bei Amt 13-1 bearbeitet, <b>Vgl. Ziff. 18</b>	die Geschäftsführung soll weitgehend das Jupa selbst organisieren	Völliger Alleingang des Jupa ist wegen der jungen Lebenserfahrung der Mitglieder nicht möglich		

### Amt 13-2 Bürgermeister- und Stadtratsangelegenheiten, Integration und Internationale Beziehungen

Nr.	Gegenstand	Einsparungsvorschlag	Vorteil	Nachteil	Einsparung	
					ja	nein
12.	Referentenbesprechungen	Wegfall des Protokolls durch eine Neugestaltung der Tagesordnung mit einer Erledigungsspalte.	Zeitersparnis	die RB wird als internes Führungsinstrument geführt eine Außenwirkung und Information der Fraktionen entfällt		
13.	Glückwünsche etc.	Reduzieren bzw. zum Teil einstellen, z.B. Abschaffung der Glückwünsche für 18-Jährige.	Zeitersparnis	Zuwendung an Bürgerinnen und Bürger der Stadt wird verringert		
14.	Ortsbeiräte seit 1972	Delegation der Geschäftsführung (Sitzungseinladung und Protokollführung) an die Ortsbeiräte.	Einsparung max. ¼ Planstelle	Ortsbeiratsvorsitzende haben sich bereits protestierend nicht einverstanden erklärt, die ehrenamtliche Tätigkeit wird zusätzlich belastet, seit 1972 hat die Stadt Erlangen mehr als 10 % Einwohner und erhebliche Steuereinnahmen durch die eingemeindeten Ortsteile erhalten. Die Förderung der Ortsteile ist in		

Nr.	Gegenstand	Einsparungsvorschlag	Vorteil	Nachteil	Einsparung	
					ja	nein
15.	Ausländerbeirat seit 1974	<p>Standardabsenkung: Die Aufgabe der Projektsteuerung „Deutsch-Offensive“ würde das „Aus“ des Projektes zur Folge haben. Die Abschaffung des Interkulturellen Monats ist im Vorfeld mit dem Ausländerbeirat und allen Beteiligten zu klären. Einstellung der Publikationen (Infobroschüren).</p>	Zeitersparnis bis zu max. 30 % der Planstelle	<p>Die seit 30 Jahren beispielhaft gelungene Integration wird bei Einschränkung der Deutsch-Offensive, des Interkulturellen Monats und anderer Veranstaltungen sowie von Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit eingeschränkt. Der Ausländerbeirat hat sich mit Beschluß vom 8.7.04 (Anlage) bereits gegen die Kürzung ausgesprochen und die Sicherung einer ganzen Planstelle (wie bisher) beantragt</p>		
16.	Partnerschaften und Internationale Beziehungen	<p>Einsparungen sind denkbar, aber im Hinblick auf Europa und die „Welt-Beziehungen“ nicht realistisch, da die Wirtschaft und die Bürgerschaft sehr eng mit dieser Aufgabe verzahnt sind. In zwei Workshops mit Stadtratsvertretern wurde Übereinstimmung erzielt, dass zwei MA/innen erforderlich sind, zusätzlich wurde die Auffassung vertreten, dass noch eine weitere ½ Planstelle erwünscht ist um Europaprogramme-Zuschüsse gerade in dieser internationalen Aufgabe mit einzubringen. Wenn die bekannte Mitarbeiterin in den Ruhestand 2005 eintritt, ergibt sich automatisch eine Verschärfung der Sprachkompetenz die nur durch voraussichtlich 2 Teilzeitkräfte ausgeglichen werden</p>	wird nicht gesehen	<p>Offen aus Tradition wird beeinträchtigt, deshalb Sicherung der 2 Planstellen nötig.</p>		

		kann.				
--	--	-------	--	--	--	--

### Amt 13-3 Sachgebiet Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger

Nr.	Gegenstand	Einsparungsvorschlag	Vorteil	Nachteil	Einsparung	
					ja	nein
17.	Aktive Bürgerbeteiligung (Beschwerde- und Anliegenmanagement)	Durch EDV-Einsatz alle Verwaltungsbereiche befähigen, die Beschwerden dezentral zu bearbeiten.	Mehr Bürgeranliegen können erfasst werden. Umfassender Überblick, da größere Datenmengen zum Auswerten vorhanden.	Beschaffungskosten <u>allein für die erstmalige Anschaffung des EDV-Programmes</u> ca. 30.000 Euro.  Zusätzliche Belastung in nahezu allen Verwaltungsbereichen. <u>Keine Stelleneinsparung zu erwarten, sondern lediglich Aufgabenverschiebung</u> , da großer Mehraufwand für zentrales Controlling und Berichterstattung für Stadtrat bei Amt 13-2, ebenso sehr hoher Betreuungs- und Schulungsaufwand. Leserbriefe sollen künftig nicht mehr erfasst und bearbeitet werden		
18.	Jugendparlament	wird jetzt bei Amt 13-1 bearbeitet, <u>Vgl. Ziff. 11</u>	die Geschäftsführung soll weitgehend das Jupa selbst organisieren	Völliger Alleingang des Jupa ist wegen der jungen Lebenserfahrung der Mitglieder nicht möglich		
19.	Bürgerversammlungen (Protokollführung und Auswertung)	Reduzierung: 1 Versammlung/Jahr für die Gesamtstadt und je 1 x / Wahlperiode in den Stadtteilen	Arbeitszeiterparnis wenn BÜV gestrafft werden (u.a. Abendtermine).	Gesetzliche Vorschrift wird noch eingehalten. Allerdings Einschränkung in den Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung.		
20.	Bürgerinnenversammlung <u>vgl. Ziff. 4</u>	Auf eine eigene Veranstaltung könnte verzichtet werden, es ist nicht bekannt, dass in anderen Städten eine BürgerinnenV durchgeführt wird. Geschäftsordnung des StR ist zu ändern.	Frauenspezifische Anliegen im „Paket“.	nicht erkennbar, da Männer und Frauen gleichberechtigt die Möglichkeit haben in den Bürgerversammlungen ihre Vorschläge einzubringen.		
21.	Betreuung ehem. jüd. Mitbürgerinnen u. Mitbürger	die Zuarbeit zur städt. Beauftragten ist bis auf weiteres beizubehalten.	Positives Image einer eigenen Beauftragten. Vorbildliche und beispielhafte Kontakte zu unterhalten, ist über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt.	z.Zt. nicht relevant.		
22.	Ehrenamt mit Aktiv	Beibehaltung des seit 06 erteilten	Bei zurückgehenden Haushaltsmitteln /	Personalaufwand und Budget rd. 20.000 Euro		

	mit Aktiv-Card	seit 96 erteilten Zusatzauftrages.	Haushaltsmitteln / Zuschüssen ist das ehrenamtliche Engagement dringend erforderlich. Insgesamt sind über 500 Vereine und Gruppen erfasst. Sicherstellung eines regelmässigen Kontaktes und Vernetzung durch 13-3. Realisierung von Projekten.	20.000 Euro.		
--	----------------	------------------------------------	--	--------------	--	--

Das Bürgermeister- und Presseamt bittet mit Hinweis auf die bereits in den zurückliegenden Jahren erfolgte Straffung des Personalstandes nicht 3 Planstellen + 1 ½ Sonderplanstellen, sondern nur 2 Planstellen + 1 ½ Sonderplanstellen als Ziel der Aufgabenkritik 2004 festzulegen.

Außerdem kann die Sonderaufgabe Kompetenzinitiative Medizin und Pharma frühestens nach Ruhestandseintritt des Stelleninhabers ab 2009 erfolgen.

Die weitere Einsparung einer ½ Planstelle beim Agenda 21-Beirat ist nach Stadtratsentscheidung durch Reduzierung der Geschäftsführungsaufgaben neu zu regeln.

- II. Kopie <OBM> <BM> <Amt 111> m.d. Bitte um Kenntnisnahme
- III. Kopie <Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen u. Einzelstadträte> m.d. Bitte um Kenntnis und Berücksichtigung bei den anstehenden Beratungen
- IV. Kopie <Amt 13-1> <13-2> <13-3> z.V. und z. HFGPA 28.7.04 und StR. 29.7.04

Schmitt